

Interpellation von Jean Luc Mösch und Patrick Iten, betreffend ehehafte bzw. private Wassernutzungsrechte – Grundsatzfragen

Ausgangslage

Der Bundesverfassungsgeber sicherte beim Erlass der neuen Verfassung im Jahr 1999 ausdrücklich den Schutz der ehehaften bzw. privaten Wasserrechte auch durch die neue Bundesverfassung zu. In der alten Bundesverfassung von 1874 war die Anerkennung bzw. der Vorbehalt der privaten Wasserrechte gegenüber der staatlichen Gewässerhoheit noch ausdrücklich im Verfassungstext festgehalten (Art. 24^{bis} Abs. 3 alt BV [«unter Vorbehalt privater Rechte»]). Im Verfassungstext der neuen Verfassung (Art. 76 Abs. 4 neuBV) von 1999 wurde der Vorbehalt der privaten Rechte nicht mehr ausdrücklich erwähnt. Der Präsident der Verfassungskommission hielt fest, dass eine ausdrückliche Nennung des Vorbehalts der privaten Wasserrechte nicht mehr erforderlich sei, da der Vorbehalt selbstverständlich sei. Es haben sich drei Ständeräte zur Thematik geäußert. Alle haben hervorgehoben, dass sich mit der neuen Bundesverfassung materiellrechtlich nichts ändere, d.h. die privaten Wasserrechte sind und bleiben von der neuen Bundesverfassung anerkannt und geschützt. Dies ergibt sich aus dem Protokoll der Diskussion des Wasserrechts im Ständerat zwischen Kommissionspräsident René Rhinow (FDP, BL), Theo Maissen (CVP/Die Mitte, GR) und Kaspar Rhyner (FDP, GL) am 21. Januar 1998 und 4. März 1998 (Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Separatdruck, Ständerat, 1998, Reform der Bundesverfassung, S. 78–80 und S. 83–84). Es gab keine anderen Meinungen. Auch im Nationalrat wurden keine gegenteiligen Meinungen zu den privaten Wasserrechten geäußert (Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Separatdruck, Nationalrat, 1998, Reform der Bundesverfassung, S. 450–451). Damit ist die Verfassungskonformität der ehehaften bzw. privaten Wasserrechte eindeutig gegeben und durch die Materialien belegt. Ohne auf diese Aussagen des Verfassungsgebers einzugehen, wurde in einem öffentlich-rechtlichen Entscheid von 2019 «BGE Hammer» in einer *Erwägung* festgehalten, dass die ehehaften bzw. privaten Wasserrechte abzulösen seien. Seither herrscht eine Pattsituation. Die technischen und ökologischen Sanierungen der Wasserkraftwerke sind zum Schaden der Umwelt, der Kraftwerksbetreiber und der Stromproduktion blockiert. Im Kanton Zug basieren mehrere Wasserkraftwerke auf ehehaften bzw. privaten Wasserrechten.

WRG-Vernehmlassung 2025

Der Bund führte im Jahr 2025 eine Vernehmlassung zur Änderung des Wasserrechtsgesetzes (WRG) durch. Die schweizerischen Parteien Die Mitte, SVP und FDP sprachen sich im Rahmen dieser Vernehmlassung klar gegen die Aufhebung der ehehaften bzw. privaten Wasserrechte aus und bezeichneten diese als unverhältnismässigen Eingriff in die Eigentumsgarantie. Die Eigentumsgarantie ist in Art. 26 der Schweizer Bundesverfassung verankert und gewährleistet den Bestand des Privateigentums. Nach Auffassung der genannten Parteien stellt sie eine zentrale Grundlage der schweizerischen Wirtschaftsordnung dar.

Auch sämtliche Wasserkraftwerksbetreiber im Kanton Zug sowie der Verband Swiss Small Hydro sprachen sich aus denselben Gründen gegen die Aufhebung ehehafter beziehungsweise privater Wasserrechte aus. Sie argumentieren, dass die geltenden Umweltvorschriften – insbesondere die Restwasserbestimmungen gemäss Gewässerschutzgesetz (GSchG; SR 814.20) – auch ohne Eingriffe in private Eigentumsrechte umgesetzt werden können.

Ordentliche Restwasserbestimmungen: Schliessen der Gesetzeslücke

Die Anwendung der ordentlichen Restwasserbestimmungen (Art. 31 ff. GSchG) auf ehehafte bzw. private Wasserrechte kann gesetzlich geregelt werden, indem im Gewässerschutzgesetz eine bestehende Gesetzeslücke in den Übergangsbestimmungen geschlossen wird. Dazu ist eine klare Jahreszahl festzulegen, ab der auch Kraftwerke mit ehehaften bzw. privaten Wasserrechten sowie mit unbefristeten Konzessionen – bei denen eine vergleichbare Ausgangslage besteht – die ordentlichen Restwasserbestimmungen einzuhalten haben.

Eine Aufhebung der ehehaften bzw. privaten Wasserrechte ist hierfür nicht erforderlich.

Kriterium Wirtschaftlichkeit bei der Festlegung von Restwassermengen

Die Regelungen zu den ordentlichen Restwassermengen (Art. 31 ff. GSchG) enthalten bislang kein Kriterium der Wirtschaftlichkeit. Dies wird unweigerlich dazu führen, dass bestehende Kleinwasserkraftwerke, die auch denkmalpflegerische Auflagen zu erfüllen haben, auch im Kanton Zug ihren Betrieb einstellen müssen.

Vor diesem Hintergrund sollte geprüft werden, ob bei der Festlegung der Restwassermengen für solche Anlagen die Wirtschaftlichkeit als ergänzendes Kriterium berücksichtigt werden kann, um deren Weiterbetrieb und damit auch ihren Beitrag zur Stromproduktion für die Zukunft und im Einklang zum bestehenden Energiegesetz des Kantons Zug (BGS 740.1 – EnG-ZG) in Bezug auf die Umsetzung der Ziele betreffend Eigenversorgung nachgekommen wird.

Vor diesem Hintergrund stellen wir dem Regierungsrat folgende Grundsatzfragen:

1. Unterstützt der Regierungsrat die Haltung der Zuger Wasserkraftwerksbetreiber, wonach die ehehaften bzw. privaten Wasserrechte zu erhalten sind und die Anwendung der ordentlichen Restwasserbestimmungen durch das Schliessen der entsprechenden Gesetzeslücke im Gewässerschutzgesetz geregelt werden soll?
2. Unterstützt der Regierungsrat grundsätzlich eine Regelung, wonach bei bestehenden Kleinwasserkraftwerken mit denkmalschützerischem Wert die ordentlichen Restwassermengen angemessen reduziert werden können, damit ein wirtschaftlicher Betrieb und der Erhalt dieser Anlagen zur Stromproduktion gewährleistet bleiben?